



ABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER 2018

«SELBSTBESTIMMUNGS»-INITIATIVE

Darum braucht es ein Nein

Die Schweiz pflegt rund 5000 Abkommen mit Ländern aus aller Welt. Eine Annahme der «Selbstbestimmungs»-Initiative hätte Auswirkungen auf viele dieser Verträge. Dies, weil die Vorlage den generellen Vorrang der Bundesverfassung vor Völkerrecht verlangt. Die Folge: Bei Widersprüchen zwischen einem Vertrag und der Verfassung bleibt keinerlei Spielraum. Stattdessen müssten die Verträge neu verhandelt oder gar gekündigt werden. Die Initiative geht sogar noch einen Schritt weiter: Sie fordert, dass Schweizer Gerichte im Fall eines Widerspruchs auch gültige Verträge missachten müssten, wenn diese nicht dem Referendum unterstanden. Davon könnten nicht nur Wirtschaftsabkommen betroffen sein – sondern auch die Europäische Menschenrechtskonvention.



Foto: Patrik Siedrak

«Es steht viel auf dem Spiel»

Qualität, Zuverlässigkeit, Präzision: Schweizer Produkte werden auf der ganzen Welt mit positiven Eigenschaften verknüpft.

Von diesem Image profitiert auch der Kanton Graubünden, der viel mehr ist als «nur» ein Touristenmagnet. So sind zum Beispiel zahlreiche globale Player im Hightechbereich hier angesiedelt. Unser Kanton punktet mit gut gelegenen Industriezonen, attraktiven Immobilien – und einer idealen Lage zwischen Innsbruck und Mailand. All diese Vorteile könnten in Zukunft schnell einmal verschwinden. Dann nämlich, wenn am 25. November die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) angenommen werden sollte. Als international vernetztes Land ist die Schweiz darauf angewiesen, dass Verträge eingehalten

werden. Was wir von unseren Partnern erwarten, gilt auch umgekehrt. Mit einer Annahme der SBI könnten wir dies nicht mehr sicherstellen. Ob die Schweiz und der Kanton Graubünden auch dann noch wirtschaftlich attraktiv wären, ist zu bezweifeln. Kommt hinzu, dass die SBI auch zu einer Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention führen könnte. Mit der Vorlage setzen wir somit nicht nur unseren wirtschaftlichen Standortvorteil, sondern faktisch auch die humanitäre Tradition der Schweiz aufs Spiel. Das kann nicht im Interesse unseres Landes sein. <<

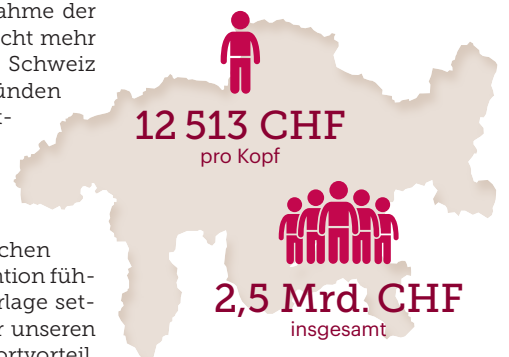


Martin Candinas,
Nationalrat CVP



Exporte Graubündens

Das exportiert der Kanton Graubünden jährlich. Dieser Erfolg ist durch die SBI gefährdet.



Ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten
Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, 2017

Unberechenbare Folgen

Die SBI ist äusserst kompliziert. Sicher ist nur die Rechtsunsicherheit, die eine Annahme der Initiative zur Folge hätte.

2

Menschenrechte werden angegriffen

NGOs wehren sich schweizweit gegen die Initiative.

6

Export gefährdet

5000 internationale Verträge betroffen.

7



Darum sage ich Nein:

«Rückwirkend Verträge in Frage stellen, geht nicht!»

8



Hintergrundbild: Shutterstock

Herbert Stieger ist Präsident des Bündner Gewerbeverbandes. Mit fast 6000 Mitgliedern handelt es sich um den grössten Wirtschaftsverband des Kantons.

Herbert Stieger, warum engagieren Sie sich gegen die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI)?

Graubünden bietet ein dynamisches Wirtschaftsklima und das soll so bleiben. Mit einer Annahme der schädlichen Vorlage würden wir auf einen Schlag die Vorteile der Exportnation Schweiz aufs Spiel setzen. Als Präsident des Bündner Gewerbeverbandes ist es mein Ziel, die Unterneh-

men im Kanton zu stärken – die SBI tut das Gegenteil.

Welche Folgen hätte die SBI für den Kanton Graubünden?

Erst kürzlich gewann die Bäckerei «La Conditoria» aus Sedrun einen national renommierten Preis für ihre berühmten Minusorten. Diese werden millionenfach in Länder auf der ganzen Welt exportiert, unter ande-

rem nach Russland, Südkorea oder in die USA. Für innovative Unternehmen wie «La Conditoria» könnte sich die SBI als Problem erweisen.

Weshalb?

Wird die SBI angenommen, riskieren wir über 600 wirtschaftsrelevante Staatsverträge, und zwar auch rückwirkend bestehende. Die Initiative zerstört den Ruf der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin und isoliert sie international. Darunter leidet nicht nur unser Image,

sondern auch unsere Verhandlungsposition.

Bedeutet dies, dass bei einer Annahme künftig keine Nusstorten mehr exportiert werden?

Das habe ich nicht gesagt. Was aber klar ist: Eine Annahme der Initiative würde zu grosser Unsicherheit führen, und das ganz besonders bei Unternehmen, die im Exportbereich tätig sind. Aus meiner Sicht schafft die Vorlage ein Problem, wo es bisher gar keines gab. <<



«Die SBI setzt rückwirkend zahlreiche internationale Verträge aufs Spiel. Dies würde der Glaubwürdigkeit unseres Landes massiv schaden.»

Duri Campell
Nationalrat BDP



«Die Menschenrechte werden heute in der Schweiz grossgeschrieben. Eine Abkehr von dieser Tradition kann und darf nicht in unserem Interesse sein – doch genau das droht mit der SBI.»

Silva Semadeni
Nationalrätin SP



«Die Schweiz genießt bei Gästen einen hervorragenden Ruf, weil sie auf der ganzen Welt als zuverlässig gilt. Die SBI setzt dies aufs Spiel.»

Ernst (Aschi) Wyrsch
Präsident
hotellerieuisse
Graubünden



«Die rund 600 für die Schweizer Wirtschaft äusserst wichtigen internationalen Abkommen sind durch die SBI gefährdet.»

Vera Stiffler
Fraktionspräsidentin FDP



«Die SBI ist wirtschaftsfeindlich. Sie gefährdet den Menschenrechtsschutz und den geregelten Zugang zu internationalen Märkten auch für KMU.»

Josias F. Gasser
a. NR/Grossrat GLP

Jetzt
brieflich
abstimmen!



www.neinzursbi.ch

Wer sagt Nein?

Bundesrat & Parlament, Konferenz der Kantonsregierungen, FDP, CVP, SP, Grünliberale, BDP, EVP, Grüne, Operation Libero, economiesuisse, SwissBanking, Swissmem, Science-industries, swissuniversities, ETH-Rat, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), Schutzfaktor M, Helvetas, Caritas, Amnesty International Schweiz, Inclusion Handicap, Nebs, Young European Swiss, Dringender Aufruf und Auslandschweizer-Organisation (ASO).

Impressum

Komitee «NEIN zur SBI»

Postfach 381
7000 Chur